

Horst Siebert

Politische Bildung durch Medienerziehung

Information und Bildung

Demokratische Willensbildung kommt nicht mehr, wie auf dem Marktplatz der Antike, durch persönlichen Kontakt und Meinungs Austausch der Regierenden mit den Regierten zustande, die Möglichkeit von Demokratie in einer „Massengesellschaft“ setzt — außer einem hohen allgemeinen Bildungsniveau — Massenkommunikationsmittel voraus, die dem einzelnen die Teilhabe am politischen Geschehen ermöglichen. So ist *Werner Höfer* zuzustimmen, wenn er dem Fernsehen als dem populärsten Massenmedium die „Politisierung des öffentlichen Lebens im Sinne von Demokratisierung durch Informierung“ als Aufgabe zuweist, wenn er euphorisch feststellt, „Politik in Deutschland ist dabei, die Schallmauer der Unpopularität zu durchbrechen“. Nur mit Einschränkung wird man sich jedoch dem Optimismus Höfers anschließen, wenn er die Kamera als den „wahren Lügendetektor unserer Zeit“ bezeichnet und behauptet: „Das Fernsehen hat den Bürger gegenüber Politik und Politikern nicht nachsichtiger, sondern nachdenklicher gemacht¹⁾.“

1) Werner Höfer: „Meinungsbildung durch Fernsehen“ in: „Das Parlament“, Bonn, 18. 1. 1967, S. 1.

Zweifellos haben die Massenmedien die politische Informiertheit der Bürger gesteigert. Viele politische Kontroversen werden heute nicht mehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern vor den Augen eines immensen Fernsehpublikums — und oft im Blick auf dieses — ausgetragen. Es wird allgemein vermutet, daß nicht nur die Kenntnisse, sondern auch die politischen Interessen der Bevölkerung in letzter Zeit angewachsen sind. „Jugendliche, die regelmäßig die Tagesschau sehen, lesen nun auch häufiger den politischen Teil der Tageszeitungen²⁾." Ob hier jedoch ein Kausalbezug vorliegt, konnte noch nicht exakt nachgewiesen werden.

Ebensowenig, wie bestritten werden kann, daß Informationen zur politischen Bildung unerläßlich sind, ebensowenig kann Informiertheit mit Bildung identifiziert werden. Die Frage, ob mit dem Zuwachs an Kenntnissen durch die Massenmedien auch das *demokratische Bewußtsein* der Bevölkerung gefestigt werden konnte, muß allem Anschein nach verneint werden. Trotz zahlreicher Fernsehsendungen über oder besser gesagt gegen politischen Extremismus hat der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik in jüngster Zeit eine unbestreitbare Renaissance erlebt. Empirische Untersuchungen im In- und Ausland bestätigen diese Diskrepanz zwischen Kenntnis und Verhalten: Eine Analyse der ersten englischen „Fernsehwahl“ im Jahre 1959 ergab, daß das politische Wissen durch die Fernsehsendungen beträchtlich anwuchs, „die politischen Einstellungen wurden aber von keinem Mittel der Wahlkampagne nennenswert beeinflußt³⁾." Auch die politischen Magazinsendungen, Kommentare und Diskussionen, die über eine Nachrichtenvermittlung hinaus meinungsbildend wirken wollen, korrigieren nur in seltenen Fällen politische Überzeugungen und Einstellungen. Zur Illustration sei der melancholische Bericht eines Verantwortlichen des WDR über Zuschauerbriefe zu politischen Sendungen zitiert:

„Es gab nicht wenig Dank und Zustimmung, aber sehr viel mehr Kritik. Zu einem beachtlichen Teil war diese dankenswert ernsthaft, zum größeren Teil nationalistisch geifernd. In der Masse aber was? ... Bedauern, daß die schönen Bilder aus Afrika noch nicht farbig gewesen seien⁴⁾!“

Die bisherigen Untersuchungen zur Wirkung der Massenmedien lassen drei Folgerungen zu:

1. Die Massenmedien, allen voran das Fernsehen, sind als Informationsquelle unentbehrlich geworden. Sie können Schule und Erwachsenenbildung in bisher noch nicht voll genutztem Maße bereichern und entlasten⁵⁾.

2. Da wir unser politisches Wissen überwiegend von den Massenmedien beziehen, da die Kommunikation zwischen Bevölkerung und Regierung fast ausschließlich durch Funk, Fernsehen und Presse geschieht, denn „ohne Massenmedien ist die Tätigkeit der Parteien nicht mehr denkbar“⁶⁾, muß eine zeitgemäße politische Bildung in hohem Maße zugleich Medienerziehung sein.

3. Die Massenmedien machen eine politische Bildung in Schule und Erwachsenenbildung nicht überflüssig, sondern setzen sie gerade voraus. Dem Erwachsenen wie dem Jugendlichen fehlen weitgehend Kategorien und Maßstäbe, mit Hilfe derer die Informationen verarbeitet, bewertet und in Zusammenhänge eingeordnet werden können.

Bisher gipfelte die Diskussion um eine Medienerziehung meist in der Forderung nach Askese. Die Warnung vor einer „Überdosis“ an Fernsehgenuß, so berechtigt sie ist, ver-

2) Oskar Foerster: „Teilhabe am politischen Geschehen“ in: „Das Parlament“, a.a.O., S. 2.

Die neueren Untersuchungen zur politischen Bildung Jugendlicher (siehe Walter Jaide: „Die jungen Staatsbürger“, München 1965) weisen generell ein erfreulich großes Interesse der Jugend an politischen Fragen nach. Da ein Vergleich mit früheren Untersuchungen jedoch nur bedingt möglich ist, kann über den konkreten Kenntniszuwachs in der letzten Zeit wenig ausgesagt werden.

3) Stuart Hood: „Fernsehen und Politik“ in: „Fernsehen — heute für morgen“, Hg.: L. Reinisch, Gütersloh 1963, S. 59. Zum Fernsehahlerfolg Kennedys siehe S. 65.

4) Franz Wördemann: Die Abteilung „Politik“ in: „Das Parlament“, a. a. O., S. 8.

5) Siehe Georg Wodraschke: „Zum Problem der unterrichtlichen Kommunikation in der Didaktik und Methodik“ in: „Jugend, Film, Fernsehen“, 11, Jg., 1967, S. 202 ff.

6) Rudolf Wildenmann / Werner Kaltefleiter: „Funktionen der Massenmedien“, Frankfurt 1965, S. 11.

fällt jedoch allzu leicht in eine kulturpessimistische Resignation, der ein neuhumanistisch-exklusives Kultur- und Bildungsideal zugrunde liegt. Es wäre konsequent und sicherlich effektiver, nicht den Zuschauer zum Abschalten zu animieren, sondern zu fordern, den Auftrag der Sendeanstalten dahingehend abzuändern, daß ausschließlich „kulturvolle“ Programme ausgestrahlt werden. Eine positive Medienerziehung dagegen müßte zum Ziel haben, die Möglichkeiten des Mediums pädagogisch zu nutzen, indem der Zuschauer vom passiven Konsum zur kritischen Beobachtung befähigt wird, ohne daß sämtliche Medien total pädagogisiert werden. Das Mißtrauen der Bevölkerung gegen Presse und Fernsehen aus Prinzip zu fördern, ist ebenso falsch, wie ein unbegrenztes Vertrauen in das geschriebene oder öffentlich gesehene Wort zu wecken. Es gilt, den „Rezipienten“ zu einem geistig autonomen Partner im Massenkommunikationsprozeß zu bilden. Wir können auf „Sekundärerfahrung“ durch die Massenmedien nicht mehr verzichten, wir sind auf die Sachkenntnis und intellektuelle Redlichkeit eines Fernsehkommentators angewiesen, aber wir müssen über Kriterien, vor allem formaler Art, verfügen, um die Glaubwürdigkeit und die Relevanz dieser Informationen bewerten zu können. Dazu gehören Kenntnisse und Fähigkeiten, die das Medium selbst nur bedingt vermitteln kann und die deshalb von Schule und Einrichtungen der Erwachsenenbildung mitgeteilt werden müssen.

Faktoren des Kommunikationsprozesses

Der Fernsehzuschauer bzw. Zeitungsleser muß über die wesentlichen Prinzipien und Interdependenzen des Kommunikationsprozesses informiert sein, um diesen Prozeß objektivieren zu können und der Gefahr einer Manipulation zu entgehen. Er muß die Funktionen der Faktoren kennen, die das Feld der Massenkommunikation bestimmen, nämlich den Stellenwert des Kommunikators, des Mediums, der Aussage und des Rezipienten⁷⁾. Diese Faktoren, deren Interdependenzen hier nicht untersucht werden sollen, bieten sich als Gliederungskriterien für die Fragen der politischen Bildung an:

1. Welche politischen Konsequenzen sind mit dem juristischen Status der Funk- und Fernsehanstalten verbunden, welche Probleme bringen private oder staatliche Sendeanstalten mit sich? Kann die Struktur der Aufsichtsgremien tatsächlich als Spiegelbild der gesellschaftlichen Kräfte gelten? Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen einer politisch unabhängigen Tagespresse; wie verteilen sich prozentual die parteipolitisch orientierten Zeitungen; wie sind die politischen Aspekte der Pressekonzentration zu beurteilen? Welche Funktion kommt dem politischen Kommentar eines Journalisten im Vergleich zu der Fernsehsprache eines Politikers zu? Da unter „*Kommunikator*“ auch der Sender selbst verstanden wird, ist in diesem Zusammenhang auch eine vergleichende Programmanalyse verschiedener Massenmedien zu nennen. So hat *Gert v. Paczensky* unter dem Titel „Lügt die Tagesschau?“ einen vieldiskutierten Vergleich zwischen den Nachrichtensendungen des Ersten und Zweiten Fernsehprogramms durchgeführt⁸⁾. In Volkshochschul-Seminaren empfiehlt sich die Inhaltsanalyse mehrerer örtlicher Tageszeitungen im Hinblick auf Themenauswahl, Aktualität, Tendenz usw. Als ein weiteres Modell sei die Analyse von *Hans Magnus Enzensberger* genannt, der in einem brillant formulierten Essay den „*cultural lag*“ und die politische Tendenz der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nachzuweisen versuchte⁹⁾.

2. Die Eigenart des *Mediums* läßt sich aus dem grundsätzlichen Unterschied zwischen dem geschriebenen und dem gesprochenen Wort erschließen, ein Unterschied, der genauer

7) Gerhard Maletzke: „Psychologie der Massenkommunikation“, Hamburg 1963, S. 37.

8) Gert von Paczensky: „Lügt die Tagesschau?“ in: „Deutsches Panorama“, 1. Jg., 1966, H. 1/2, S. S ff.

9) Hans Magnus Enzensberger: „Journalismus als Eiertanz“ in: „Einzelheiten I.“, Frankfurt 1962, S. 16.

erforscht werden müßte. Möglichkeiten einer Trennung von Information und Kommentar sind exemplarisch zu untersuchen, auch die politische Aktualität in Tagespresse, Wochenzeitungen und Fernsehen kann festgestellt werden. Eine Fernseherziehung hat vor allem das Augenmerk auf das Verhältnis von Bild und Kommentar zu richten. Zweifellos ist die optische Information um ein Vielfaches interessanter und auch oft objektiver als das Wort — man denke nur an die Filmberichte über den Kriegsschauplatz Vietnam —, wenn auch die Wirkung des Bildes weitgehend durch den begleitenden Kommentar bestimmt wird. Andererseits muß der Zuschauer erkennen, daß auch das Bild verschleiern, akzentuieren und manipulieren kann. Er muß darauf achten, ob das Bild tatsächlich den begleitenden Text belegt und dokumentiert, ob beide Seiten eines Konflikts (z. B. Studenten und Polizei bzw. Regierung) quantitativ und qualitativ angemessen zur Geltung kommen. So können durchaus mit Hilfe einer Stoppuhr Tendenzen und Akzentverschiebungen in den Nachrichten der Tagesschau nachgewiesen werden. Den unbestreitbaren Vorteil einer optischen Informationsübermittlung durch das Fernsehen stehen gerade im politischen Bereich unverkennbare Nachteile gegenüber: die Wirkung, der Publikumserfolg und damit die Wahlchancen eines Politikers im Fernsehen werden oft mehr von seiner optischen Erscheinung, von seiner „atmosphärischen“ Ausstrahlung als von der Logik und Überzeugungskraft seiner Argumente bestimmt. Die Attraktivität eines telegenen Politikers ist vom Standpunkt der politischen Bildung aus eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Mit anderen Worten: Über den politischen Effekt entscheidet im Fernsehen weniger die politische Aussage als das Arrangement, das Aussehen, der Hintergrund, kurz gesagt die Verpackung. Dieser Aspekt wurde deshalb ausführlich behandelt, da auf ihm die noch zu erörternde Forderung nach einer Inhaltsanalyse der Massenmedien basiert, durch die die verbale Aussage wieder stärker zur Geltung gebracht werden soll. Wenn allerdings der Vorrang der optischen Wirkung in einer politischen Sendung reduziert werden soll, so bedeutet das nicht, daß Kommentare, Interviews, Ansprachen usw. generell an den Hörfunk zurückverwiesen werden müssen. Dennoch drängt sich hier die Frage nach den medienspezifischen Charakteristika des Fernsehens auf, die in Schule und Einrichtungen der Erwachsenenbildung erörtert werden sollte ¹⁰⁾.

3. Da in diesem Zusammenhang nur die politisch relevante *Aussage* untersucht werden soll, muß die Frage gestellt werden, welche politischen Vorkenntnisse erforderlich sind, um die Nachrichten und Kommentare der Massenmedien sachgerecht interpretieren, einordnen und bewerten zu können. Der Vorwurf, die Massenmedien vermittelten ausschließlich aktuelle Fakten und punktuelle Informationen, trifft nur bedingt zu, da in den Kommentaren der Presse wie des Fernsehens versucht wird, Hintergründe, Prinzipien und Trends sichtbar zu machen und so das Tagesgeschehen in größere Zusammenhänge einzuordnen. Der Schule und der Erwachsenenbildung bleibt demgegenüber vor allem die Aufgabe, Kategorien des Politischen zu vermitteln, Einsicht in die Prinzipien politischer Machtausübung und Interessenkonflikte zu fördern, ein Verständnis der Demokratie und eine kritische Aufgeschlossenheit für diese Demokratie zu wecken. Der Zuschauer muß z. B. wissen, daß der Politiker im Fernsehen nicht oder nicht nur seine Privatmeinung äußert, sondern gesellschaftliche Interessen vertritt, daß die vorwiegend negativ-kritischen Magazinsendungen *Report*, *Panorama* und *Monitor*¹¹⁾ die demokratische Entwicklung nicht gefährden, sondern garantieren, daß die Massenmedien selbst einen

10) Auch die Emnid-Untersuchung zur Bundestagswahl 1961 (H. G. v. Stackeiberg: „Der Prozeß der Meinungsbildung“, Bielefeld 1962) bestätigt dieses Ergebnis: die Wirkung des optischen Eindrucks auf das Publikum ist im allgemeinen größer als die der politischen Aussage.

11) Siehe Uwe Magnus: „Aussagenanalysen beim Fernsehen“ in: „Rundfunk und Fernsehen“, 1966, H. 1.

politischen Faktor darstellen¹²). Die Massenmedien mit ihren vielfältigen politischen Informationen machen diese Einsicht in allgemeine politische Kategorien geradezu unerlässlich. Die Entlastung der schulischen Einrichtungen von einer Kenntnisvermittlung erfordert eine grundsätzliche didaktische Neubestimmung der politischen Bildung, die in stärkerem Maße formal und exemplarisch akzentuiert sein muß.

4. Die Rolle des *Rezipienten* im Kommunikationsprozeß, die Wirkung des Mediums auf den Hörer, Zuschauer oder Leser, ist vor allem von der amerikanischen Kommunikationsforschung untersucht worden. Es liegen einige Ergebnisse zur Beeinflussbarkeit des Erwachsenen, zu den Möglichkeiten und Grenzen der Verhaltens- und Einstellungsänderung durch Massenmedien vor, die von der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik bisher nur sporadisch zur Kenntnis genommen und ausgewertet worden sind. So ist die Untersuchung der „kognitiven Dissonanz“ von größter Bedeutung für jede pädagogische Maßnahme, die durch rationale Einsicht ein sachgerechtes und verantwortungsvolles¹ Handeln provozieren will. Die Anstrengung, die ein Mensch unternimmt, um sein Verhalten zu rechtfertigen, das seiner Einsicht widerspricht, ist auch für unser Thema relevant. Informationen, die unserem eigenen Denken und Tun zuwiderlaufen, werden bezweifelt, ignoriert oder abgewertet. „We decide that the conflicting information is overbalanced by other factors, has little importance, comes from an unreliable source, or is simply untrue¹³).“ Können konträre Fakten oder Argumente nicht sachlich widerlegt werden, so wird die Glaubwürdigkeit des Redners in Frage gestellt oder das Medium selbst der Manipulation beschuldigt. Die Dissonanz zwischen Wissen und Tun wird nur selten durch Korrektur des eigenen Verhaltens gemindert. Andererseits werden Informationen so interpretiert, daß sie den eigenen Vorstellungen entsprechen, d. h. das logische Denken wird dem Wunschdenken assimiliert.

Die Subjektivität des Rezipienten prägt in großem Maße die Aufnahme und Deutung der Medienaussage.

„Versuche, in größerem Umfange soziale Vorurteile und stereotype politische Vorstellungen zu verändern, treffen allgemein auf einen ungewöhnlich hohen Grad von psychologischem Widerstand¹⁴).“

Wenn auch der Grad der Widerstandsfähigkeit gegenüber unerwünschten Informationen und Meinungen individuell verschieden und gruppenspezifisch ist, so läßt sich doch generell sagen, daß die Massenmedien vorhandene Meinungen verstärken, aber nur geringfügig in entgegengesetzter Richtung beeinflussen können. *Paul Lazarsfeld* hat einleuchtend nachgewiesen:

„Die große Mehrzahl der Menschen wählt Meinungsäußerungen aus, denen sie bereits vorher zugestimmt hat . . . Eine paradoxe Folge dieses Tatbestandes ist, daß diejenigen, die über ein Problem am meisten lesen und hören, die geringste Wahrscheinlichkeit bieten, daß ihre Meinungen und Absichten verändert werden¹⁵).“

D. h., der Erwachsene erwartet von dem Kommentator eine Bestätigung der eigenen Auffassung; in diesem Fall wirkt das Medium verhaltensmotivierend und verstärkend. Anderenfalls reagiert der Zuschauer ablehnend, indem er die Informationsquelle diffamiert bzw. die Argumente verfälscht oder ignoriert.

Diese Feststellungen sind außerordentlich bedeutsam für den Politiker wie für den Pädagogen. Vorhandene Einstellungen der Adressaten müssen berücksichtigt werden und

12) Eine Fernsehsendung Neven Du Monts über die politische Unkenntnis unserer Jugend trug neben den Synagogenschmierereien in Nürnberg dazu bei, daß sich die Kultusminister zur Etablierung des Faches „Gemeinschaftskunde“ entschlossen.

13) V. Phillip Davison: „International Political Communication“, New York 1965, S. 34.

14) Irving L. Janis: „Persönlichkeitsstruktur und Beeinflussbarkeit“ in: „Grundfragen der Kommunikationsforschung“, Hg.: W. Schramm, München 1964, S. 73.

15) Paul F. Lazarsfeld / Herbert Menzel: „Massenmedien und personaler Einfluß“ in: Schramm, a.a.O. S. 119.

dürfen nicht in toto verworfen, sondern müssen allmählich „aufgeweicht“ werden. Doch ist es erforderlich, den „Betroffenen“ selbst mit diesen wissenschaftlichen Ergebnissen vertraut zu machen? Im Sinne des „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“, der Bildung als das Bemühen der Menschen um „ein aufgeklärtes Bewußtsein ihrer selbst und ihrer Situation in dieser Welt“ definiert¹⁶⁾, zweifellos, wenn auch die Frage, ob eine solche Aufklärung über eigene, bisher unbewußte psychische Prozesse zu einer größeren rationalen Offenheit und Bereitschaft für Argumente Andersdenkender führt, nicht ohne weiteres bejaht werden kann. Ein Vortrag über diese Phänomene verspricht wenig Erfolg, da eine Selbstidentifikation mit dem dargestellten „Fall“ meist nicht stattfindet. Vielversprechender ist es, den Erwachsenen durch Selbstbeobachtung zur Bewußtseinserhellung zu führen: Eine Gruppe, die gemeinsam einen provozierenden, non-konformen politischen Kommentar gehört hat, wird nach ihrer Meinung gefragt; diese spontanen Reaktionen werden dann von den Beteiligten selbst analysiert und objektiviert: Warum haben die Mitglieder der Gruppe Teile des Kommentars behalten, andere überhört?

Zweifellos stehen wir hier vor einer zentralen, aber auch der schwierigsten Aufgabe der politischen Bildung: die Offenheit des einzelnen für neue Fakten und Argumente, die kritische Toleranz als aktive geistige Leistung, die Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstkritik und Korrektur von Einstellungen zu wecken.

Inhaltsanalyse der Massenmedien

Kenntnisse über die Struktur der Massenmedien können in Form von Vorträgen vermittelt werden. Wenn aber Medienerziehung die Befähigung zum sachgerechten und kritischen Umgang mit Informationsquellen beinhaltet, so muß diese Fähigkeit am konkreten Fall demonstriert und geübt werden. Um die Medien als Mittel politischer Bildung fruchtbar zu machen, müssen politische Sendungen in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung analysiert werden, und zwar vor allem nach inhaltlichen Kategorien. Eine Inhaltsanalyse politischer Aussagen empfiehlt sich nicht nur anhand von Presseberichten und Rundfunksendungen, sondern auch von Fernsehsendungen. Politische Filmberichte mit hohem optischen Informationsgehalt (Vietnam, Studentendemonstrationen) sind im Vergleich zu Kommentaren, Interviews, Reden, Diskussionen usw. in der Minderzahl. Bei diesen letzteren Sendungen aber ist es notwendig, die rationale Aussage stärker zum Bewußtsein zu bringen — auf Kosten sekundärer optischer Eindrücke.

Die Analyse, die Zerlegung des Ganzen in seine Teile und die Untersuchung des Details, ist in der Bevölkerung wenig beliebt. Der Zuschauer urteilt vorwiegend nach dem Gesamteindruck, er unterschätzt die Einzelheiten. Wenn er über eine politische Sendung diskutiert, so widerlegt oder bestätigt er nicht einzelne Argumente des Redners, sondern er äußert seine Meinung zu dem Gesamtproblem „im großen und ganzen“, er hält meist die umfassende Lösung parat. Deshalb ist es nicht ratsam, in der politischen Bildung das spontane Engagement und die eigene Stellungnahme an die erste Stelle zu rücken. Gefährlicher als fehlendes Engagement ist das vorschnelle, pauschale Urteil, das sachlich nicht fundiert ist. So hat zur DDR z. B. jeder eine Meinung, aber nur wenige können zur Begründung mehr als dürftige Klischees angeben. Diese Behauptung wird durch zahlreiche Untersuchungen bestätigt: 1965 wurde eine Repräsentativbefragung wahlberechtigter Bürger durchgeführt:

„Was eine Koalition sei, eine Fraktion, welche Parteien im Bundestag vertreten seien. Was zum Vorschein kam, war blanke Unkenntnis, eine stotternde Hilflosigkeit, die keine Ahnung, wenn auch zu allem eine Meinung hat¹⁷⁾.“

16) Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen: „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ in: „Volkshochschule im Westen“, 12. Jg., H. 1, Beilage 5. 10.

17) Joachim Fest: „Für 5 DM im Monat Objektivität“ in: „Das Parlament“, a. a. O. S. 15.

Das Plädoyer für die Inhaltsanalyse als methodisches Verfahren der politischen Bildung darf nicht mißverstanden werden: Es geht nicht darum, mit dem Rotstift eines Deutschlehrers stilistische und grammatikalische Fehler aufzuspüren und aus dem sprachlichen Vermögen Rückschlüsse auf die politischen Qualitäten des Redenden oder Schreibenden zu ziehen. Es geht nicht einmal darum, die Eloquenz und rhetorische Brillanz sichtbar zu machen, sondern im Gegenteil die wohlklingende Formulierung auf ihren Gehalt hin zu untersuchen. Allzuoft werden durch rhetorisches Geschick sachliche Unzulänglichkeiten verdeckt. Wenn bei diesen Analysen die sprachliche Bewußtheit und das Stilempfinden des Bürgers erhöht werden, so ist das in diesem Zusammenhang ein wünschenswerter, aber durchaus sekundärer Lerneffekt. Propagiert wird die politische, nicht die literarische Analyse.

Das bedeutet, daß die im literarisch-ästhetischen Bereich übliche Methode der Hermeneutik, die subjektiv-deutende, intuitiv-verstehende Interpretation eines Gedichtes für die politische Inhaltsanalyse zunächst untauglich ist. Zum Wesen eines romantischen Gedichts z. B. gehört es, daß es schillernd und vielschichtig ist, daß es von jedem Leser anders empfunden und gedeutet wird, daß die Aussage von der Subjektivität des einzelnen „gebrochen“ wird. Die politische Aussage aber erfordert Distanz, Objektivität, Rationalität, sie muß eindeutig, intersubjektiv gültig sein und deshalb so weit wie möglich „unverfälscht“, d. h. ohne subjektive Brechung zur Kenntnis genommen werden. Ziel der politischen Bildung ist es, daß Aussagen zunächst „unvoreingenommen“ geprüft und analysiert werden. Deshalb wird als erster Schritt einer Inhaltsanalyse das *empirisch quantitative* Verfahren empfohlen, um eine zuverlässige Ausgangsbasis für politische Wertungen zu gewinnen. Die in den USA entwickelten Formen einer *Content analysis* gehen vorwiegend von systematischen, statistischen Analysen der Texte aus. Ein Beispiel möge zeigen, zu welchen Ergebnissen die quantifizierende Methode führen kann:

„Eine Untersuchung von 145 Präsidentschaftswahlreden von 1884 bis 1920 ergab z.B., daß fast 40 % einen Appell an irgendeine Klasse enthielten (zumeist an die Arbeiterklasse), 25% zur Parteitreuere aufforderten, und daß mehr Zeit mit Angriffen auf den Gegner als mit der Darlegung der eigenen Erfolge verbracht wurde.“¹⁸⁾

In den Einrichtungen der Erwachsenenbildung ist eine solche Untersuchung natürlich nicht zu leisten. Doch auch mit Laien kann ein politischer Text auf die Dominanz bestimmter Wortgruppen (z. B. „Macht“ oder „Kultur“), auf syntaktische Formen (Imperativsätze oder Kausalsätze), auf die Wortwahl (rationale oder emotionale Begriffe), auf Stereotype, Floskeln und Formeln hin untersucht werden. Die Verwendung von Superlativen kann ein emphatisches Pathos sichtbar machen, übertriebene Substantivierung kennzeichnet eine formelhafte Funktionärssprache, ein „Sowohl-als-auch-Stil“ kann ein geschicktes Taktieren zwischen den Fronten beinhalten. Behauptungen ohne Beweise, Difamierungen des Gegners, Selbstbespiegelungen, unsachliches Pathos, die Verwendung emotional getönter Begriffe können festgestellt werden und geben Auskunft über die politische Substanz und Tendenz der Aussage. In dem Sammelband „Schriftsteller testen Politiker“¹⁹⁾ überzeugen gerade die Beiträge, in denen diese statistische Methode angewendet wird und die auf hermeneutische Deutungen weitgehend verzichten. Allerdings müssen die Grenzen dieses Verfahrens klar gesehen werden. Weder können von einer einzigen Rede her die politische Haltung und die Entscheidungsfähigkeit eines Politikers adäquat beurteilt werden, noch können die einzelnen Begriffe völlig aus dem Kontext isoliert werden. Der Stellenwert eines Terminus, seine Bedeutung im Zusammenhang können von rein quantitativen Methoden oft nur unzureichend erfaßt werden.

18) B. Berelson / P. F. Lazarsfeld: „Die Bedeutungsanalyse von Kommunikations-Materialien“, S. 157; zit. nach Maletzke, S. 59.

19) Siehe u. a. die Beiträge von Deschner und Gregor-Dellin in: „Schriftsteller testen Politikertexte“, Hrsg.: A. D. Baroth, München 1967.

So wird in Amerika versucht, bei „Propaganda-Analysen“ ergänzende Materialien mit einzubeziehen, z. B. Biographien des Redners, an anderer Stelle geäußerte politische Absichten usw.²⁰⁾ Doch unbeschadet dieser Grenzen ist der politische Aussagewert einer Rede oder eines Textes mit einiger Zuverlässigkeit quantitativ zu erfassen, während die Wirkung politischer Rhetorik vor allem durch Befragungen des Rezipienten zu messen ist.

Als ein besonders ergiebiges Objekt inhaltsanalytischer Untersuchung bietet sich die *Bild-Zeitung* an. Ekkehart Mittelberg hat Wortschatz und Syntax dieses Massenblattes analysiert und gelangt u. a. zu folgenden, vom Aspekt der politischen Bildung aus interessanten Ergebnissen:

„Die Ausrufesätze als Hauptinstrument der evokativen Sprache, aufrüttelnde, meinungslenkende, gehäufte rhetorische Fragen, geballte, Unwillen und Ablehnung aufrührende Entscheidungsfragen sind, soweit sie in politischen Artikeln vorkommen, von starker Überredungskraft . . . Das mit Bedacht verwandte adjektivische Attribut entfaltet sich in den politischen Artikeln in emotionalen, scharf urteilenden, auf Willensbildung abzielenden Abjektäven.

. . . Anredenominative, hervorgehoben an den optisch markanten Stellen des Artikels, lassen die Aura sachlicher Kühle nie aufkommen. Sie suggerieren dem Leser eine Ersatzkommunikation mit Politikern oder politischen Institutionen. . . . In den Bündeln von Frage- und Ausrufezeichen bekunden sich die wesentlichen Funktionen der Sprache der BZ: leidenschaftliche Kundgaben und psychologisch geschickt angelegte beschwörende Appelle.“²¹⁾

Eine Inhaltsanalyse anderer Art hat der Schriftsteller *F. C. Delius* durchgeführt²²⁾. Er nennt seine Veröffentlichung ausdrücklich eine „Dokumentar-Polemik“ und verleugnet so nicht seine tendenzielle Absicht. Delius hat die Protokolle des Wirtschaftstages der CDU/CSU 1965 in Düsseldorf verglichen mit offiziellen früheren Aussagen in der Tages- und Fachpresse, um durch diese Gegenüberstellung Behauptungen zu widerlegen oder zumindest in Frage zu stellen. Indem lediglich widersprüchliche Angaben kommentarlos konfrontiert werden, wird der Leser zur kritischen Reflexion provoziert. Da ein solcher Vergleich zwischen Aussage und Wirklichkeit ein hohes Maß an Sach- und Faktenkenntnis voraussetzt, ist er in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung meist nicht durchführbar.

Eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung ist es, verworrene Ideologien, die sich meist in verschwommener Metaphorik artikulieren, durch exakte Analysen zu entlarven. *Ralf Dahrendorf* gelangt nach einer solchen Analyse zu einem Ergebnis, das für den politischen Stil unserer Zeit — wenn auch nicht generell, so doch in vielen Fällen — symptomatisch ist:

„Da ist zwar viel von Realität die Rede, aber nichts, das ausgesagt wird, ist in verbindlichem Sinne real. Der Stil ist geradezu eine Technik der metaphorischen Verflüchtigung aller Wirklichkeit. Nicht daß sie nicht richtig sind, macht solche Sätze bedenklich, sondern daß sie nicht falsch sein können.“²³⁾

Doch um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch einmal wiederholt: es ist nicht beabsichtigt, die Abwehrmechanismen des Erwachsenen gegen politische Informationen grundsätzlich zu untermauern, es gilt, Kategorien zu vermitteln, um politische Argumente und Konzeptionen von hohlen Phrasen unterscheiden zu können, um dann aber die Bereitschaft zu wecken, sich durch fundierte Argumentationen überzeugen zu lassen und vorhandene Einstellungen entsprechend zu korrigieren.

20) Siehe „Trends in Content Analysis“, Hrsg.: I. de Sola Pool, Urbana 1959. Nach dieser Methode wurden u. a. die Reden Goebbels* analysiert (S. 12 ff.).

21) Ekkehart Mittelberg: „Wortschatz und Syntax der Bild-Zeitung“, Marburg 1967, S. 311—315.

22) F. Christian Delius: „Wir Unternehmer“, Berlin 1966.

23) Ralf Dahrendorf: »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, München 1965, S. 34.

Als Modell für einen politischen Arbeitskreis in der Oberstufe eines Gymnasiums oder in einer Einrichtung der Erwachsenenbildung mit dem Ziel einer Medienerziehung sei folgender Vorschlag unterbreitet:

1. Analyse einer politischen Nachricht einer Tageszeitung.
2. Analyse eines politischen Kommentars zu dieser Nachricht.
3. Vergleich der Berichterstattung und Kommentierung mit entsprechenden Artikeln einer parteipolitisch konträr orientierten Zeitung.
4. Analyse eines Kommentars einer überregionalen Wochenzeitung.
5. Vergleich mit entsprechenden Rundfunkkommentaren und Erörterung der medien-spezifischen Unterschiede.
6. Analyse der unterschiedlichen Formen politischer Aussagen im Fernsehen (Nachrichten, Kommentar, Rede, Interview, Diskussion).
7. Analyse medienspezifischer Fernsehsendungen (politische Dokumentation, Feature, Filmbericht) und Vergleich mit 6.

Die Rundfunksendungen sollten auf Tonband, Fernsehsendungen im Idealfall als Ampex-Aufzeichnung mitgeschnitten werden, damit einzelne Passagen wiederholt werden können. Da der Fernsehzuschauer in der Lage sein muß, nach einer einmaligen Sendung zu urteilen, ist eine intensive Übung erforderlich, um sein Augenmerk auf wesentliche Aspekte zu richten.

Methodisch sind von dem Leiter dieses Arbeitskreises einige Prinzipien des unter dem Etikett *Entrainement mental* bekanntgewordenen Verfahrens zu berücksichtigen²⁴). Diese Methodik basiert auf der systematischen Trennung von objektiver Analyse und subjektiver Wertung, wie sie auch im Bereich der politischen Bildung erforderlich erscheint. Nachdem der Text gelesen bzw. gehört wurde, kann zunächst nach dem allgemeinen Eindruck der Teilnehmer gefragt werden, wobei die Beteiligten dann selbst über die Ursachen ihrer Zustimmung oder Ablehnung bedenken und sich möglicherweise durch diese „Introspektion“ ihrer eigenen emotionalen Kommunikationsbarrieren bewußt werden. In der ersten Phase der eigentlichen Analyse werden dann Informationen, Fakten und Aspekte gesammelt, geordnet und definiert. Dabei wird es von Bedeutung sein, welche Aussagen von den Teilnehmern beachtet und welche ignoriert wurden. In der zweiten Phase wird der politische Text quantitativ analysiert, so daß am Ende dieses Schrittes der Aussagewert und der politische Stil gekennzeichnet werden können. Dabei sind Informationsgehalt, Wortwahl und Syntax zu untersuchen und auf ihre politische Relevanz hin zu überprüfen. Erst auf der dritten Stufe wird diese Aussage kommentiert, bewertet, akzeptiert oder verworfen. Erst jetzt kann nach den möglichen subjektiven Konsequenzen gefragt und die Notwendigkeit einer Meinungsänderung erörtert werden. Zum Schluß wird dann die Struktur des Mediums selbst, ihr politischer Stellenwert und ihre Manipulationsmöglichkeiten, untersucht, wobei der Leiter mehr als bisher zusätzliche Informationen beitragen muß.

Das Bildungsziel eines solchen Arbeitskreises ist überwiegend formal: Der Teilnehmer muß Kategorien, Kriterien und Fragestellungen erwerben, die ihn in die Lage versetzen, die Massenmedien nicht unreflektiert in einer passiven Konsumhaltung zu genießen, sondern sie als kritischer Leser oder Zuschauer zumindest teilweise als Instrument seiner politischen Bildung zu handhaben.

24) „Methodik der Erwachsenenbildung im Ausland, „Entrainement mental“, Hg.: Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt 1964.

Einführung in wissenschaftliche Methoden

Wenn in diesem Beitrag vorwiegend von dem erwachsenen Rezipienten gesprochen wurde, so soll damit nicht ausgesagt werden, daß die Pflichtschule weiterhin Aufgaben der Medienerziehung ignorieren darf. Die Schule verfällt einem verhängnisvollen Anachronismus, wenn sie lediglich Werke der „hohen Dichtung“ in ihrem Unterricht berücksichtigt, unbeschadet der Tatsache, daß auch der Oberschüler später fast ausschließlich von dem kulturellen Angebot der Massenmedien Gebrauch machen wird. Die Fähigkeit, ein Hölderlin-Gedicht zu interpretieren, besagt noch nichts über das Vermögen, einen politischen Kommentar zu analysieren oder auch nur ein Fernsehspiel auf seine sozialpsychologischen und ideologischen Aspekte und Determinanten hin zu untersuchen. Der Pädagoge, der sich dem neuhumanistischen Bildungsideal ungeprüft verpflichtet fühlt, verkennt nur allzuleicht, daß sich der Zeitgeist weniger in literarischen Spitzenleistungen artikuliert, sondern vielmehr in jener Unterhaltungsliteratur, wie sie von den Massenmedien verbreitet wird. Leitbilder werden in unserer Gesellschaft nicht nur durch die klassische Dichtung und durch persönliche Vorbilder geprägt, sondern auch durch die Unterhaltungssendungen des Fernsehens und durch Illustriertenromane. „Im Gesamtkomplex der Leitbilder liegt, wenn nicht eine ganze Ideologie, so doch ein ausgereifter Katalog von Werten, der höchst charakteristisch für Zeit und Gesellschaft ist.“²⁶⁾ Eine Schule, die das normprägende Monopol der Massenmedien abbauen will, muß diese Realität zumindest zur Kenntnis nehmen und entsprechende Maßnahmen zur Medienerziehung ergreifen.

Zum Schluß sei auf einen allgemeinen didaktischen Aspekt aufmerksam gemacht. Daß fast alle unsere Lebensbereiche — in Beruf und in Freizeit — von dem wissenschaftlichen Fortschritt geprägt werden, läßt sich nicht mehr leugnen. Daß Schule und Erwachsenenbildung in das wissenschaftliche Denken und Forschen einzuführen haben, ist eine vielgenannte pädagogische Forderung unserer Zeit. Der „Eigengeist der Volksschule“, die „laienhafte“ — „volkstümliche“ Erwachsenenbildung gehören der Vergangenheit an, zumindest in der Theorie. Es genügt heute nicht mehr, wissenschaftliche Erkenntnisse lediglich im Unterricht umzusetzen — das ist im Geschichts- oder Chemieunterricht mehr oder weniger bewußt immer schon geschehen. Alle Bildungseinrichtungen — denn die Welt des Volksschülers ist genauso „verwissenschaftlicht“ wie die des Akademikers — müssen darüber hinaus wissenschaftliche Methoden und Prinzipien vermitteln²⁶⁾. Die Grenzen, Möglichkeiten und Bedingungen einer solchen Übertragung von Wissenschaft als Erkenntnisweise in die Schule sind bisher kaum systematisch erforscht worden, nicht zuletzt deshalb, weil in der Schulpraxis nur wenig Versuche unternommen worden sind, z. B. H. v. Hentigs wissenschaftliche „Projektmethode“²⁷⁾ zu realisieren. Ermutigende Ansätze, Lehrlinge und Oberschüler in die Technik wissenschaftlichen Denkens und Forschens durch die Lösung von Projekten einzuführen, sind im Bereich der politischen Bildung von Hermann Giesecke praktiziert worden²⁸⁾.

Die von uns vorgeschlagene Inhaltsanalyse als eine Form politischer Bildung erscheint in besonderem Maße geeignet, wissenschaftliche Einsichten und Methoden zu vermitteln:

1. Die Inhaltsanalyse ist an den Berührungspunkten von Sozialpsychologie, Kommunikationsforschung, Publizistik und Politologie angesiedelt, sie kann daher propädeutisch in die Fragestellungen dieser Disziplinen und ihrer Zusammenhänge einführen.

25) Karl Veit Riedel: „Prägung von Leitbildern“ in: „Das Parlament“, a. a. O. S. 23.

26) Siehe Theodor Wilhelm: „Theorie der Schule“, Stuttgart 1967, S. 139.

27) Hartmut von Hentig: „Universität und Höhere Schule“, Gütersloh 1967, S. 22.

28) Hermann Giesecke: „Politische Bildung in der Jugendarbeit“, München 1966, S. 1C1 ff.

2. Am Beispiel der Inhaltsanalyse können nicht nur elementare empirische Forschungsmethoden gelernt und angewendet werden, der Schüler erfährt zugleich fundamentale Gesetze wissenschaftlichen Erkennens (Hypothesenbildung, Nachprüfbarkeit, Abstraktion usw.). *Arnold Brecht* nennt als „Schritte des wissenschaftlichen Verfahrens“ (a) Beobachtung, (b) Beschreibung, (c) Messung, (d) Akzeptierung, (e) Generalisierung, (f) Erklärungsversuch, (g) logische Deduktion aus dem induktiv Festgestellten, (h) Nachprüfung, (i) Korrektur, (j) Voraussage, (k) Nicht-Akzeptierung aller „a priori“-Propositionen²⁹⁾.

3. Durch elementare wissenschaftliche Forschungstätigkeit in Schule und Erwachsenenbildung verliert die Wissenschaft viel von ihrem magischen Klang, von ihrer geheimnisumwitterten Unzugänglichkeit, sie wird von dem Laien als lernbar erfahren.

4. Am konkreten Fall wird dem Erwachsenen die Aktualität und „Lebensnähe“ der Wissenschaft, ihre praktische Bedeutung für das Weltverständnis des einzelnen bewußt; wissenschaftliche Forschung wird als Lebensnotwendigkeit erkannt.

Grundsätzlich kann mit inhaltsanalytischen Forschungsprojekten begonnen werden, wenn dem Schüler die grammatischen und stilistischen Regeln vertraut sind und wenn er ein gewisses Verständnis des Politischen besitzt. Es wird in der Praxis zu prüfen sein, welche Texte auf welcher Entwicklungsstufe mit Erfolg analysiert werden können.

Daß die hier skizzierten Aufgaben und Probleme nicht von einer einzigen Wissenschaftsdisziplin gelöst werden können, ist von dem Gründungsausschuß der Ruhr-Universität Bochum deutlich erkannt worden, als er dem „Lehrstuhl für praktische Pädagogik“ (Schwerpunkt: Erwachsenenbildung) eine „Arbeitsgemeinschaft für Publizistik und Kommunikation“ zuordnete. *Joachim H. Knoll*, der diesen Lehrstuhl innehat, und der sich zudem in mehreren Publikationen zu Fragen der politischen Bildung geäußert hat, begründet diese Koppelung einleuchtend, indem er nachweist, daß einmal die Erforschung der Massenmedien selbst von pädagogischer Relevanz ist und daß zum anderen die Medien- und Kommunikationsforschung die Funktion einer Hilfswissenschaft für die Pädagogik versehen kann³⁰⁾.

29) Arnold Brecht: „Politische Theorie“, Tübingen 1961, S. 31/32; siehe auch Karl R. Popper: „Logik der Forschung“, Tübingen 1966, S. 3—30.

30) Joachim H. Knoll: „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ in: „Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum“, Hg.: H. Wenke / J. Knoll, Bochum 1965, S. 385 ff.